
(Bezeichnung und Anschrift des Vereins)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne des § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes

bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen

Art der Zuwendung: **Sachzuwendung**

(Name und Anschrift des Zuwendenden)

(Betrag der Zuwendung in Ziffern / in Worten / Tag der Zuwendung)

(Genaue Bezeichnung der Sachzuwendung mit Alter, Zustand, Kaufpreis usw.)

Die Sachzuwendung stammt nach den Angaben des Zuwendenden aus dem Betriebsvermögen und ist mit dem Entnahmewert (ggf. mit dem niedrigeren gemeinen Wert) bewertet.

Die Sachzuwendung stammt nach den Angaben des Zuwendenden aus dem Privatvermögen.

Der Zuwendende hat trotz Aufforderung keine Angaben zur Herkunft der Sachzuwendung gemacht.

(Nicht Zutreffendes bitte streichen)

Nachfolgend aufgeführte Unterlagen haben zur Wertermittlung gedient:

Wir sind wegen Förderung (begünstigter Zweck) durch Bescheinigung des Finanzamtes _____, StNr.

_____, vom _____ vorläufig ab _____ als gemeinnützig anerkannt /
nach dem letzten uns

zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts _____, StNr. _____, vom

_____ für die Jahre _____ nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des
Körperschaftsteuergesetzes von

der Körperschaftsteuer befreit.

(Nicht Zutreffendes bitte streichen)

Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung (begünstigter Zweck) (im Sinne der Anlage
1 – zu § 48

Abs. 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung – Abschnitt A / B Nr. ...) verwendet wird.

Ort, Datum, Unterschrift des Zuwendungsempfängers

Hinweis:

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder wer veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu
den in der Zuwendungsbestätigung

angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die Steuer, die dem Fiskus durch einen etwaigen Abzug der
Zuwendungen beim

Zuwendenden entgeht (§ 10 b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des
Freistellungsbescheides länger als

5 Jahre bzw. das Datum der vorläufigen Bescheinigung länger als 3 Jahre seit Ausstellung der Bestätigung zurückliegt (BMF vom
15.12.1994 – BStBl I S. 884).